

Medieninformation

Herausgegeben vom Hauptvorstand
der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie
Abt. Medien + Kommunikation
Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Verantwortlich: Christian Hülsmeier
Telefon: 0511 7631-698 und -329
Mobil: 0151 14270110
E-Mail: presse@igbce.de
Internet: www.igbce.de

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



5. Ordentlicher Gewerkschaftskongress

Montag, 14. Oktober 2013

Geschäftsbericht

Egbert Biermann
Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes

(Es gilt das gesprochen Wort)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

eine arbeitsmarktpolitische Rekordmeldung jagt die andere:
fast 42 Millionen Erwerbstätige,
über 29 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte,
Ältere sind länger arbeitslos,
Fachkräfte gesucht,
Fachkräftebedarf kann nicht gedeckt werden,
von 100 neu Eingestellten erhalten 44 einen befristeten Vertrag.

Dies ist nur eine kleine Auswahl.

Aber schon sie zeigt:
Der Arbeitsmarkt hat Licht und Schatten.

Und die Arbeitsmarktpolitik muss beiden Seiten gerecht werden.

Nicht nur weil die Bevölkerung in Deutschland schrumpft muss für den Arbeitsmarkt mehr getan werden.

Sondern auch weil er für qualifizierte Fachkräfte von einem Angebotsmarkt zu einem Nachfragemarkt wird. Unternehmen können immer seltener aus einer Vielzahl von qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern auswählen.

Vielmehr müssen sie immer mehr Aufwand betreiben, um gut ausgebildetes Personal einstellen zu können.

Und der Trend zu mehr anspruchsvolleren Arbeitsplätzen wird auch nicht abreißen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat auf Grundlage des IAB-Betriebspanels in einer aktuellen Studie die Fachkräftesituation in Branchen unseres Organisationsbereiches analysiert.

Es gibt Unterschiede zwischen unseren Branchen:
einige haben einen höheren Anteil an Fachkräften, andere einen geringeren.
Doch im Schnitt bei uns der Fachkräfteanteil hoch.

Unsere Branchen bilden auch mehr aus als andere.

Und bei der Weiterbildung gehören sie zu den aktiveren, auch wenn aus unserer Sicht noch nicht alles perfekt ist.

Von einem Fachkräftemangel kann zurzeit nicht geredet werden.

Perspektivisch könnte sich diese Situation aber ändern.

Doch welche Folgen eine neue Lage haben könnte, hängt von der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung ab.

Außerdem haben die Unternehmen ihre Möglichkeiten bei Weitem noch nicht ausgeschöpft, um ihr Fachkräftepotenzial besser zu nutzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Zeit weiter zu denken“, bedeutet, den Menschen neue qualitative Perspektiven zu eröffnen.

Deswegen plädieren wir seit mehreren Jahren dafür, die Schlagworte „Fördern und Fordern“ neu zu interpretieren.

Nicht mehr die schnellstmögliche Arbeitsvermittlung darf im Vordergrund stehen.

Vielmehr ist das Hauptaugenmerk darauf zu richten die Potenziale eines Menschen zu erschließen.

So sind Fachkräfte zu gewinnen.

In den letzten Jahrzehnten hat die Bedeutung der Qualifizierung für die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugenommen. Die Chance an einem lebensbegleitenden Lernprozess teilzunehmen, entscheidet wesentlich über das Arbeitsleben.

In einigen Branchen spielen die Tätigkeiten für Un- und Angelernte fast keine Rolle mehr.

Jedoch die Kunststoff- und Keramische Industrie haben noch einen hohen Anteil an un- und angelernten Beschäftigten.

Wir wissen jedoch, dass diese Tätigkeiten zurückgehen und immer höhere und neue Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten gestellt werden.

Deswegen heißt Zeit weiter zu denken für uns, Beschäftigten ohne Ausbildung die Möglichkeit zur Facharbeiterprüfung zu eröffnen.

Die Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit hat deshalb die Programme Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen (WeGebAU) und Initiative Flankierung des Strukturwandels (IFlaS) initiiert und ihre Umsetzung immer wieder kritisch begleitet.

Unsere stetige Diskussion hat nicht erst seit dem der Bundesrechnungshof unsere Kritik bestätigt hat zu einer Veränderung der Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit geführt.

Der Stellenwert der Qualifizierung von Arbeitslosen und Beschäftigten steigt beständig.

Die Opfer der Ausbildungsmisere der letzten Jahrzehnte hat die Bundesagentur für Arbeit auf unser Drängen in den Fokus der Arbeitsmarktpolitik gerückt.

Die mehr als 1,5 Millionen jungen Menschen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren ohne Ausbildung sollen eine Chance erhalten, um einen Berufsabschluss zu erwerben.

Sie sollen sich eine neue, bessere berufliche Perspektive erarbeiten können.

Der sich ständig beschleunigende technische Fortschritt erhöht und verändert die Qualifikationsanforderungen.

Wir werden deshalb die Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, für eine zeitgemäße Weiterbildung der Beschäftigten zu sorgen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir wissen:

Die betrieblichen Bedarfe und die individuellen Wünsche nach Qualifizierung stimmen nicht immer überein.

Um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer Individualität zu unterstützen, ist es deshalb notwendig, auch Fördermaßnahmen jenseits der betrieblichen Bedarfe zu schaffen.

Deshalb heißt „Zeit weiter zu denken“ auch, über eine Fortentwicklung der Arbeitslosenversicherung nachzudenken:

- a) Die Qualifizierung soll den gleichen Stellenwert bekommen wie die Vermittlung. und
- b) Die Sozialpartner wären stärker in branchenbezogene Ansätze einzubeziehen.

Nur so könnten branchenspezifische Herausforderungen praxistauglich bewältigt werden.

Wenn aufgrund von strukturellen Veränderungen Arbeitsplätze abgebaut werden, müssen die Beschäftigten auf eine andere Tätigkeit vorbereitet werden.

Heute häufig außerhalb ihrer bisherigen Branche.

In Zukunft wird es aber unser Ziel sein müssen, die „branchennahen Beschäftigten“ in der Branche zu halten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Qualifizierungsförderwerk Chemie GmbH der IG BCE, auch unter dem Kürzel QFC bekannt, liefert Instrumente für das was arbeitsmarktpolitisch oder betriebspolitisch oder branchenspezifisch erforderlich ist.

Das QFC hat sich in den vergangenen Jahren weiter erfolgreich zu einer national und international agierenden Projekt- und Qualifizierungsagentur entwickelt.

Die Erfahrungen und Kompetenzen bei der Durchführung von öffentlich geförderten Projekten haben dazu beigetragen, dass das QFC sich innerhalb und außerhalb der IG BCE einen Namen gemacht hat.

Berufsbezogene Praktika, Fremdsprachenausbildungen und interkulturelle Trainings werden für verschiedene Personengruppen des Arbeitsmarktes angeboten und tragen dazu bei, internationale Handlungskompetenzen zu erwerben.

Und mit Transfergesellschaften hat das QFC ganz praktisch geholfen Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Zukunftsorientierung zu ermöglichen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

viele Themen werden zunehmend auf europäischer Ebene geregelt.
Von den vielen will ich nur zwei herausheben.

Erstens: Die EU-Kommission wollte die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen neu regeln.

Zu dem Plan gehörte auch, dass die Wasserkonzessionen, also die Vergabe der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, zwingend europaweit ausgeschrieben werden sollten.

Wir sahen diese Entwicklung mit großer Sorge.

Die Wasserversorgung gehört auch für uns zum Kernbestandteil der Daseinsvorsorge.

Die zwingende europaweite Ausschreibung aller öffentlichen Auftragsvergaben hätte auch die oft kleinteilige ostdeutsche Wasserwirtschaft, also unsere ostdeutschen Wasserbetriebe, in Schwierigkeiten gebracht.

Aus diesem Grund hat der gHV im Februar dieses Jahres dazu aufgerufen die Europäische Bürgerinitiative – right2water – für ein Menschenrecht auf den Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu unterstützen.

Es ist uns gelungen in der ostdeutschen Wasserwirtschaft in kürzester Zeit 3.500 Unterschriften zu sammeln, die wir in Brüssel übergeben haben.

Die Bürgerinitiative war erfolgreich.

Wir werden sehen, was von der EU Kommission nun kommen wird, um das Menschenrecht auf Wasser zu gewährleisten.

Jedoch ist ein erster Schritt getan.

Der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, hat die Wasserwirtschaft aus der europäischen Konzessionsrichtlinie herausgenommen.

Es wird vorerst keine zwingende europaweite Ausschreibung geben.

Dies macht es uns etwas leichter, „Gute Arbeit“ in der Wasserwirtschaft zu erreichen: mit schlagkräftigen Betriebsratsstrukturen, Mitbestimmung in Aufsichtsräten und natürlich Tarifverträgen.

Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch das Argument in der Auseinandersetzung mit ver.di in der ostdeutschen Wasserwirtschaft.

Diese Standards, die wir dort haben, können sich meiner Ansicht nach sehen lassen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

als zweites nenne ich die europäische Institution, in der Gewerkschaften direkt vertreten sind:

Dies ist der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss oder auch kurz: der EWSA.

In diesem Ausschuss stellen europäische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein Drittel der Mitglieder, hinzukommen ein Drittel Arbeitgeber und ein Drittel Vertreterinnen und Vertreter von NGO's.

Seit 2009 sind die Schwerpunkte meiner Mitarbeit in diesem europäischen Beratungsorgan die Themen Industriepolitik und Energiepolitik.

Industriepolitik feiert derzeit in der europäischen Politik geradezu eine „Wiederauferstehung“.

Viele, die vor der Finanzkrise offen von einem Ausstieg aus der Industriegesellschaft sprachen, fordern nun eine Re-Industrialisierung Europas.

Und gerade beim Thema Energiepolitik vergessen wir Deutsche gerne, das die Entwicklung zu einem gemeinsamen „Energiebinnenmarkt 2020“ ein europäisches Thema ist.

Wir haben es in Europa mit Partnerländern zu tun, deren Energiemix in vielen Fällen anders gestaltet ist, als der unsrige.

Aber das Herzstück eines gemeinsamen europäischen Energiebinnenmarktes ist die Schaffung von gemeinsamen europäischen Energienetzen.

Dies betrifft nicht nur Stromnetze, sondern auch Gas- und Erdölnetze, aber auch – obwohl dies noch sehr umstritten ist – CO₂-Netze.

Dass nationale Energienetze an ihre Grenzen stoßen, wissen wir alle. Deshalb benötigen wir so schnell wie möglich transeuropäische Lösungen.

Mit ihren Möglichkeiten wird die Arbeitnehmergruppe im EWSA auch weiterhin darauf drängen, dass Energie- und Industriepolitik durch Europa ermöglicht und nicht verhindert wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Gewährung von Rechtsschutz ist nach wie vor eine zentrale gewerkschaftliche Aufgabe.

Die Zahlen über die durchgeführten Arbeits- und Sozialrechtsverfahren zeigen eindrucksvoll unseren Erfolg.

Seit dem letzten Gewerkschaftskongress 2009 wurden 161.601.931 Euro erstritten!

Wir danken allen Rechtsschutzsekretärinnen und -sekretären der IG BCE und der DGB Rechtsschutz GmbH, die diesen Erfolg möglich gemacht haben.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

unseren Prozess „Zukunftsgewerkschaft 2020“ haben wir aktiv mitgestaltet.

Mit dem Zukunftsprojekt „KMU und Betriebsratsgründungen“ wurde die Entstehung von Betriebsräten aktiv umgesetzt – der zentrale Schlüssel zur Erschließung neuer Betriebe.

Dazu wurde eine Handlungshilfe mit Konzeptideen und Kommunikationsstrategien sowie mit regionalen Beispielen zum praktischen Vorgehen entwickelt.

Das erarbeitete Handbuch ist nun eine Unterstützung für die Kolleginnen und Kollegen die sich um neue Betriebe und neue Mitglieder bemühen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

für die Zufriedenheit unserer Mitglieder mit uns wird es immer wichtiger, dass wir für sie direkt und schnell erreichbar sind und auf ihre Fragen und Probleme passgenau und zügig antworten.

Das machen unsere Bezirke sehr gut.

Doch die dort Beschäftigten brauchen Entlastung.

Deshalb hat der Hauptvorstand beschlossen – zunächst in Projektform – eine Mitgliederhotline aufzubauen.

Mit dieser Hotline wollen wir die Chancen auf eine höhere Mitgliederbindung durch eine verstärkte Servicequalität im direkten telefonischen Mitgliederkontakt testen. Da die Mitgliederanrufe zentral aus den Projektbezirken auf die Hotline geschaltet werden, werden die Bezirksbeschäftigten entlastet.

Die Kolleginnen in der Hotline sind IG BCE-Beschäftigte, die langjährige Erfahrungen in der Organisation gesammelt haben und auch das notwendige Fingerspitzengefühl für unsere Mitglieder besitzen.

In einem weiteren Entwicklungsschritt der Hotline wollen wir bis 2014 weitere Erkenntnisse gewinnen und Erfahrungen sammeln.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

trotz des weltweit höchsten Arbeitsschutzniveaus ist die Arbeit im Bergbau auch heute mit besonderen Gefahren verbunden.

Das wurde uns durch das Grubenunglück im Kali-Bergwerk Werra wieder schmerzlich vor Augen geführt.

Vor mehr als fünfzig Jahren war das schwere Grubenunglück vom 7. Februar 1962 auf der Schachtanlage Luisenthal im Saarland, bei dem 299 Bergleute ums Leben kamen, der Anlass, um die August-Schmidt-Stiftung zu gründen.

Die Waisen sollten auf ihrem schulischen und beruflichen Weg finanziell unterstützt werden.

Dies gilt heute für alle Branchen unseres Organisationsbereiches.

Zurzeit fördert die Stiftung 112 Waisen und hat dafür im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 238.538,70 € an Ausbildungsbeihilfen gezahlt.

Die Arbeit der Stiftung wird durch Spenden von Privatpersonen und Unternehmen unterstützt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

dieses Jahr war etwas besonderes, denn wir gedachten der Zerschlagung der Gewerkschaften vor 80 Jahren.

Diese geschichtliche Erfahrung hat zur Einheitsgewerkschaft geführt.

Eine wichtige Erkenntnis betonte in seiner Gedenkrede am 2. Mai unser Bundespräsident Joachim Gauck: „Nur wo es freie Gewerkschaften und freie Arbeitnehmervertretungen gibt, bleiben Demokratie und Teilhabe keine leeren Versprechen, sondern werden sozial verhandelte Wirklichkeit.“

Deshalb ist es so wichtig, auch in der heutigen Zeit nationalsozialistisches Gedankengut zu bekämpfen.

Da lassen wir auch in Zukunft nicht locker.

Mit unserer Broschüre, mit verschiedenen Veranstaltungen und einer Wanderausstellung haben wir an dieses historische Datum erinnert und den zahlreichen Opfern der Gewaltherrschaft unter den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gedacht.

An die Geschichte erinnern, Gutes und bewährtes erhalten und Neues gestalten, dass ist der gewerkschaftliche Dreiklang.

„Zeit weiter zu denken“ bedeutet die richtigen Wege zu entdecken, um die vorhandenen Herausforderungen zu bewältigen.

Eine Konstante bleibt dabei der Mensch – unser Mitglied – dieser steht im Mittelpunkt.

Glück auf!